

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

- 1 BvQ 29/20 -

**In dem Verfahren
über den Antrag,
im Wege der einstweiligen Anordnung**

„dem Beschwerdeführer [...] eine Ausnahmegenehmigung nach § 1 Abs. 1 Satz 3 BayIfSMV für die von ihm am 06.04.2020 ordnungsgemäß angezeigte Versammlung unter freiem Himmel mit maximal 10 ihm namentlich bekannten Teilnehmern am 09.04.2020 zwischen 16 und 19 Uhr am östlichen Isarufer südlich der Wittelsbacherbrücke und nördlich der Braunauer Eisenbahnbrücke in München zum Thema ‚Versammlungsfreiheit auch während der Corona-Krise schützen‘“ zu erteilen

Antragsteller: Dr. S...,

hat die 1. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts durch
den Vizepräsidenten Harbarth,
die Richterin Britz
und den Richter Radtke

gemäß § 32 Abs. 1 in Verbindung mit § 93d Abs. 2 BVerfGG in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. August 1993 (BGBl I S. 1473)

am 9. April 2020 einstimmig beschlossen:

Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung wird abgelehnt.

G r ü n d e :

Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung hat keinen Erfolg. 1

1. Nach § 32 Abs. 1 BVerfGG kann das Bundesverfassungsgericht einen Zustand durch einstweilige Anordnung vorläufig regeln, wenn dies zur Abwehr schwerer Nachteile oder aus einem anderen wichtigen Grund zum gemeinen Wohl dringend geboten ist. 2

Dabei haben die Gründe, welche der Antragsteller für die Verfassungs-widrigkeit des angegriffenen Hoheitsakts anführt, grundsätzlich außer Betracht zu bleiben, es sei denn, die Verfassungsbeschwerde in der Hauptsache erweist sich von vornherein als unzulässig oder offensichtlich unbegründet (vgl. BVerfGE 7, 367 <371>; 134, 138 <140 Rn. 6>; stRspr). Erkennbare Erfolgsaussichten einer Verfassungsbeschwerde gegen eine verwaltungsgerichtliche Eilentscheidung sind zu berücksichtigen, wenn ein Abwarten den Grundrechtsschutz mit hoher Wahrscheinlichkeit vereitelte (vgl. BVerfGE 111, 147 <153>; BVerfG, Beschluss der 3. Kammer des Ersten Senats vom 24. März 2018 - 1 BvQ 18/18 -, Rn. 5). Bei einem offenen Ausgang der Verfassungsbeschwerde sind die Folgen, die eintreten würden, wenn die einstweilige Anordnung nicht erginge, die Verfassungsbeschwerde aber später Erfolg hätte, gegenüber den Nachteilen abzuwägen, die entstünden, wenn die begehrte einstweilige Anordnung erlassen würde, der Verfassungsbeschwerde jedoch der Erfolg versagt bliebe (vgl. BVerfGE 131, 47 <55>; 132, 195 <232>; stRspr). Wegen der meist weittragenden Folgen, die eine einstweilige Anordnung in einem verfassungsgerichtlichen Verfahren auslöst, ist bei der Prüfung der Voraussetzungen des § 32 Abs. 1 BVerfGG ein strenger Maßstab anzulegen (vgl. BVerfGE 131, 47 <55>; 132, 195 <232>; stRspr). 3

2. Ausgehend davon kommt der Erlass einer einstweiligen Anordnung nicht in Betracht. 4

a) Zwar erscheint eine Verfassungsbeschwerde zum derzeitigen Zeitpunkt weder 5
unzulässig noch offensichtlich unbegründet. Ihre Erfolgsaussichten stellen sich in der
Kürze der dem Bundesverfassungsgericht für seine Entscheidung zur Verfügung
stehenden Zeit vielmehr als offen dar.

b) Die danach gebotene Folgenabwägung geht zum Nachteil des Antragstellers aus. 6

Wenn die einstweilige Anordnung nicht erginge, sich nach Durchführung eines 7
Hauptsacheverfahrens jedoch herausstellte, dass die Verweigerung einer
Ausnahmegenehmigung nach § 1 Abs. 1 Satz 3 der Bayerischen
Infektionsschutzmaßnahmenverordnung vom 27. März 2020 (BayIfSMV)
verfassungswidrig ist, wäre der Antragsteller in seinem Grundrecht auf
Versammlungsfreiheit gemäß Art. 8 Abs. 1 GG verletzt. Diese Grundrechtsverletzung
wäre von erheblichem Gewicht nicht nur im Hinblick auf den Antragsteller, dem die
Ausübung seiner grundrechtlichen Freiheit in Bezug auf diese Versammlung
verunmöglicht worden wäre, sondern angesichts der Bedeutung der
Versammlungsfreiheit für eine freiheitliche Staatsordnung auch im Hinblick auf
demokratische Gemeinwesen insgesamt.

Erginge demgegenüber eine einstweilige Anordnung und würde sich später 8
herausstellen, dass die Ausnahmegenehmigung zu Recht abgelehnt worden ist, weil die
Antragsgegnerin des Ausgangsverfahrens im Einklang mit verfassungsrechtlichen
Vorgaben annehmen durfte, dass eine Erteilung der Genehmigung nicht im Sinne von § 1
Abs. 1 Satz 3 BayIfSMG „aus infektionsschutzrechtlicher Sicht vertretbar ist“, wären
grundrechtlich geschützte Interessen einer großen Anzahl Dritter von hohem Gewicht
betroffen. Das grundsätzliche Veranstaltungs- und Versammlungsverbot mit
Ausnahmevorbehalt nach § 1 Abs. 1 BayIfSMG dient in Ansehung der aktuellen
Coronavirus-Pandemie dem in § 1 Abs. 1 des der Verordnung zugrunde liegenden
Infektionsschutzgesetzes umschriebenen Zweck, übertragbaren Krankheiten beim
Menschen vorzubeugen, Infektionen frühzeitig zu erkennen und ihre Weiterverbreitung
zu verhindern. Ziel der Verordnung ist namentlich der Schutz von Leben und körperlicher
Unversehrtheit, zu dem der Staat prinzipiell auch kraft seiner grundrechtlichen
Schutzpflicht aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG angehalten ist. Sollte es, was die
Antragsgegnerin des Ausgangsverfahrens und das Verwaltungsgericht als konkret
möglich angesehen haben, bei Durchführung der Versammlung an dem geplanten
Versammlungsort am Isarufer zur Ansammlung einer Vielzahl von Menschen – spontanen
Versammlungsteilnehmern, Schaulustigen oder Gegendemonstranten – auf engem Raum
kommen, bestünde die konkrete Gefahr einer weiteren und nicht nachvollziehbaren
Ausbreitung des Virus, die insbesondere zum Schutz einer Überlastung medizinischer
Behandlungskapazitäten vermieden werden soll.

Bei Gegenüberstellung dieser Folgen muss das Interesse des Antragstellers an der 9
Durchführung der geplanten Versammlung zurücktreten. Dafür fällt insbesondere ins
Gewicht, dass er die plausible Einschätzung der Antragsgegnerin des
Ausgangsverfahrens und des Verwaltungsgerichts hinsichtlich eines an dem geplanten
und von dem Antragsteller als nicht verhandelbar angesehenen Versammlungsort
drohenden erheblichen Infektionsrisikos bei Durchführung der Versammlung nicht
durchgreifend erschüttert hat. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass er die ihm am
heutigen Tag bereits um 9.14 Uhr bekannt gewordene Entscheidung des
Verwaltungsgerichts dem Bundesverfassungsgericht erst mit mehrstündiger Verzögerung
rund eine Stunde vor dem geplanten Beginn der Versammlung vorgelegt hat, sodass der
Kammer insoweit in der Kürze der Zeit eine eingehendere Prüfung der Vertretbarkeit der
behördlichen und verwaltungsgerichtlichen Gefahrenprognose nicht möglich ist. Eine
frühzeitige Vorlage war auch deshalb geboten, weil es dem Antragsteller nach eigenem
Bekunden im Verwaltungsverfahren gerade auf das heutige Datum für die Durchführung
der Versammlung ankommt.

Diese Entscheidung ist unanfechtbar.

10

Harbarth

Britz

Radtke